

Energie.Politik

Juni 2015

Reizende Aussichten bei der Netzregulierung

Liebe Leserinnen und Leser,

vom Berliner Hauptbahnhof aus schaut man auf eine der größten innerstädtischen Baustellen Berlins, die künftige Europacity. Auf einer Fläche von etwa 40 Hektar entsteht ein neues Stadtquartier mit Wohnungen, Büros und Geschäften. Hier und im weiteren Umfeld des Hauptbahnhofes werden sich in naher Zukunft viele neue Stromverbraucher ansiedeln. Das Stromnetz muss darauf vorbereitet werden. Darum entsteht hier ein neues Umspannwerk – eines von rund 80 im Berliner Stadtgebiet. Es wird mit modernster Schaltanlagen- und Kommunikationstechnik ausgerüstet und in die Fernsteuerung aus der zentralen Netzleitstelle in Berlin-Tiergarten eingebunden.

Verteilnetze müssen mit der rasanten Entwicklung der Metropolen mithalten. Und auch für die Energiewende spielen sie eine entscheidende Rolle. Die Mehrzahl der dezentralen Erzeugungsanlagen wie Windkraft- oder Solaranlagen sind an Verteilnetze angeschlossen. Sie sorgen dafür, dass der Strom aus diesen Anlagen in die Städte fließt, die aufgrund ihrer vielen Einwohner einen großen Teil davon verbrauchen.

Doch die aktuellen Investitionsbedingungen für die Verteilnetze sind denkbar schlecht. Das System der Anreizregulierung bevorteilt Netzbetreiber, die wenig investieren. Viele Netze drohen zu überaltern. Bei der anstehenden Reform der Anreizregulierung sollte diese Schiefelage behoben werden.



Stefan Kleimeier

„Das heutige System der Anreizregulierung bevorteilt Netzbetreiber, die wenig investieren.“

Ein modernes und verlässliches Stromnetz braucht eine Regulierung, die eine stabile Basis für sinnvolle und effiziente Investitionen schafft. Dabei ist es unerheblich, ob die Investition dem Anschluss von regenerativen Energien dient oder der Versorgung einer dynamisch wachsenden Metropole wie Berlin.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Ihr

Stefan Kleimeier
Leiter Policy & Regulatory Affairs Deutschland

Neue Spielregeln für die Stromnetze

Die Bundesregierung will noch vor der Sommerpause die Investitionsbedingungen für Stromnetzbetreiber novellieren. Das bisherige System der Anreizregulierung bestraft besonders Verteilnetzbetreiber, die viel investieren. Das muss sich ändern.

Für eine erfolgreiche Energiewende braucht Deutschland Stromnetze. Wind- und Sonnenenergie fließt aber nicht nur auf großen Stromautobahnen von Nord nach Süd, sondern häufig gleich zu den nächstgelegenen großen Verbrauchern – in die Städte.

Stromnetze – Lebensadern der Stadt

Städtische Stromnetze müssen einiges leisten. Sie liefern mit höchster Zuverlässigkeit Strom an Krankenhäuser, Flughäfen, Rechenzentren oder Regierungsgebäude. Und auch Haushalte und Industrie wollen sich darauf verlassen können, dass jederzeit Strom aus der Steckdose kommt. Zugleich entwickeln sich viele Städte in rasantem Tempo weiter, sie dehnen sich aus und verdichten sich zugleich; neue Unternehmen siedeln sich an.

Viele Städte, besonders im Westen Deutschlands, haben zuletzt in den 1970er-Jahren in großem Stil in ihre Stromnetze und -anlagen investiert. Im Osten ist dies nach der Wiedervereinigung in den 1990er-Jahren passiert. Jetzt müssen viele Netzbetreiber ihre Anlagen erneuern und verstärken und sie dabei gleichzeitig „intelligenter“ machen, damit sie die wachsenden Aufgaben auch in Zukunft meistern. Doch sie haben ein Problem mit der Finanzierung.

Bislang gilt: wer investiert, verliert

Die Finanzierung aller Aufgaben der Netzbetreiber regelt die Bundesnetzagentur im Rahmen der sogenannten Anreizregulierung. Alle fünf Jahre legt sie fest, wie hoch das jährliche Budget (Erlösbergrenze) der Netzbetreiber sein darf. Dazu hat sie zuletzt im Jahr 2011 (Basisjahr) die Kosten der Energienetzbetreiber geprüft und auf dieser Grundlage die Obergrenze der zulässigen Erlöse von 2014 bis 2018 festgelegt (Regulierungsperiode).

Das System soll Netzbetreiber dazu anhalten, sparsam zu haushalten. Das funktioniert, solange die Kosten eines Netzbetreibers so hoch wie im Basisjahr sind oder darunter bleiben. Steigen die Kosten, beispielsweise durch neue Investitionen, muss der Netzbetreiber bis zur folgenden Regulierungsperiode warten, bis er die Investitionskosten durch die neu berechnete Erlösbergrenze wieder einnehmen kann, aktuell also bis 2019. Diese Verzögerung, auch Zeitverzug genannt, kann bis zu sieben Jahre dauern.

Anreize richtig setzen

Die Schwächen dieses Systems liegen auf der Hand: Wer nicht investiert, kann seinen Gewinn maximieren. Wer viel investieren muss, hat das Nachsehen. Das System gibt zudem den Anreiz, Investitionen möglichst auf das Basisjahr zu legen, das für die gesamte fünfjährige Regulierungsperiode Ausschlag gibt. Das führt zu Marktengpässen bei den Zulieferern und steigenden Preisen. Beide Effekte zusammengenommen führen zu einer Mehrbelastung aller Netzkunden, die Experten und auch die Bundesnetzagentur selbst auf etwa eine Milliarde Euro beziffern.

Das System der Anreizregulierung steht nun auf dem Prüfstand. Die Bundesnetzagentur hat Anfang 2015 einen Evaluierungsbericht vorgelegt. Sie schlägt darin eine Reihe von Modellen vor, die die bestehenden Schwächen der Anreizregulierung, vor allem den Zeitverzug, heilen sollen. Die Bundesregierung hat Eckpunkte vorgelegt und angekündigt, noch vor der parlamentarischen Sommerpause eine Novelle der Verordnung auf den Weg zu bringen.

Eine Reform der Anreizregulierung muss dafür sorgen, dass die Verteilnetze die Energiewende meistern können. Dazu braucht es eine grundlegende Lösung für

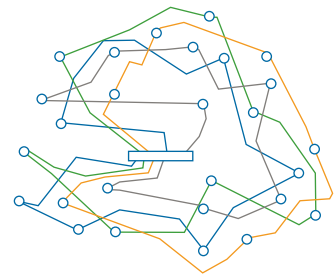
das Problem des Zeitverzugs. Verteilnetzbetreiber, die intelligent und kostenbewusst investieren, sollten die Kosten ihrer Investitionen künftig auch kurzfristig zurückverdienen können. Dafür reichen die bisherigen Vorschläge des Bundeswirtschaftsministeriums nicht aus. Auch viele Bundesländer haben dies erkannt und Alternativen aufgezeigt. ■

Das Berliner Netz wächst mit seinen Aufgaben

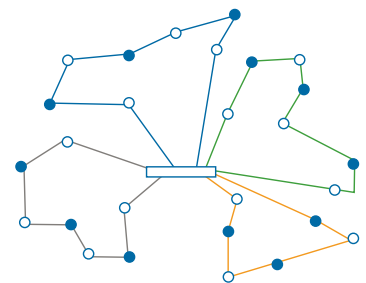
Zur Automatisierung und Optimierung des Netzes werden nach und nach 2.200 Netzstationen automatisiert, die acht verschachtelten Netze werden optimiert.

- Projektvolumen: > 120 Millionen Euro
- Projektlaufzeit: 2013–2023

Heute: verschachteltes Zehn-Kilovolt-Netz



Zukünftig: optimiertes Zehn-Kilovolt-Netz mit Dreipunktautomatisierung



Legende

- Umspannwerk
- Netzstation
- Automatisierte Netzstation
- Zehn-Kilovolt-Kabel

Windernte vor Sylt

Nach drei Jahren Bauzeit hat der Offshore-Windpark DanTysk den Betrieb aufgenommen. 70 Kilometer westlich von Sylt ragen nun 80 Windenergieanlagen aus der Nordsee. Von Land aus sind sie aufgrund der Erdkrümmung dennoch nicht zu sehen.



Foto: Bengt Lange

Prominente Gäste zur Eröffnung von DanTysk: Lars G. Nordström, Magnus Hall, Olaf Scholz, Sigmar Gabriel, Mikael Damberg, Dr. Florian Bieberbach, Gunnar Groebler, Torsten Albig (von links)

Der Offshore-Windpark DanTysk ist ein bedeutender Schritt für Deutschlands Energiezukunft: Über eine Milliarde Euro kostete das Projekt. Dafür liefert die Anlage bei gutem Wind jährlich 1,3 Terawattstunden Nordseestrom. Das reicht für die Versorgung von bis zu 400.000 privaten Haushalten.

Hohe Windausbeute auf See

Offshore-Windparks sind bei der Windausbeute deutlich im Vorteil. Eine Windturbine an Land produziert in umgerechnet 2.600 Stunden im Jahr mit voller Leistung Strom (Volllaststunden). Auf hoher See weht der Wind aber konstanter, hier erreicht eine Windturbine über 4.500 Volllaststunden. Zum Vergleich: Photovoltaikanlagen kommen im sonnenarmen Deutschland auf weniger als 1.000 Stunden im Jahr.

Die Offshore-Windenergie belastet den Stromkunden kaum mehr als die Windenergie an Land. In Zukunft werden die Kosten für die Offshore-Windenergie zudem weiter sinken. Offshore-Windenergie ist effizient und kostengünstig. Sie stellt damit eine unverzichtbare Komponente im künftigen Energiemix dar.

Zukünftig mehr Wettbewerb durch Ausschreibungen

Nach der EEG-Novelle 2014 wird die Förderhöhe für neue Windparks durch eine Ausschreibung ermittelt. Derjenige, der den niedrigsten Förderbedarf hat, gewinnt den Zuschlag und erhält die Förderung. Der Systemwechsel soll spätestens 2017 stattfinden. Dänemark hat mit seinem Ausschreibungsmodell bereits gute Erfahrungen gemacht und konnte die Kosten senken. Daran sollte sich auch Deutschland orientieren.

Bis zum Sommer will die Bundesregierung Eckpunkte zum Ausschreibungsdesign für Windenergie auf See vorlegen. Der Gesetzgeber muss dabei eine Brücke vom bisherigen zum neuen Fördersystem schlagen, denn viele Standorte für Windparks sind bereits Projektentwicklern zugeordnet, die zum Teil erhebliche Vorarbeiten geleistet haben. Ihre bestehenden Rechtspositionen dürfen nicht entschädigungslos entwertet werden. Es wird also darum gehen, Wettbewerb schnellstmöglich einzuführen und zugleich das Vertrauen in den Offshore-Standort Deutschland zu erhalten. ■

Dänemark zeigt, wie es geht

- Eine staatliche Stelle übernimmt die Vorentwicklung des auszu-schreibenden Standortes.
- Den Zuschlag erhält der Bieter mit der niedrigsten geforderten Förderhöhe.
- Jeder Investor kann mitbieten. So entstehen Wettbewerb, Akteursvielfalt und niedrige Förderkosten.
- Einzelne Standorte werden ausgeschrieben. Förderkosten können so spezifische Standortfaktoren berücksichtigen (Windstärke, Wassertiefe, Küstenentfernung etc.).
- Netzbetreiber können die Netzanbindungskapazitäten örtlich und zeitlich zielgenau planen; bisheriger Netzausbau „auf Verdacht“ wird vermieden.
- Die Größen der Windparks und der Netzanbindungen können aufeinander abgestimmt werden.
- Errichtung des Windparks und Netzanbindung laufen zeitlich aufeinander abgestimmt.
- Leerstand von Netzanbindungen und damit volkswirtschaftliche Kosten werden vermieden.
- Kosten für die Vorentwicklung von Offshore-Parks fallen zeitnah zu ihrer Errichtung an.
- Gezielte Steuerung des jährlichen Kapazitätsausbaus ermöglicht der Zuliefererindustrie Planungssicherheit.

Energiewälder für Hamburg und Berlin



Foto: Andreas Teich

Junge Pappelstecklinge

Vor den Toren von Berlin und Hamburg entstehen neue Kurzumtriebsplantagen (KUP). Die Energy Crops GmbH, eine Tochter der Vattenfall Europe Wärme AG, hat dafür auf zwei großen Ackerflächen von fünf bzw. drei Hektar die ersten Pappelstecklinge gepflanzt. Pro Hektar wurden rund 10.000 Stecklinge in den Boden gesetzt. Die Ernte der später vier bis sechs Meter hohen Bäume erfolgt im drei- bis vierjährigen Turnus, wobei die Wurzelstöcke jeweils im Boden verbleiben und erneut austreiben. Der Anbau der schnell wachsenden Hölzer ist besonders energieeffizient. Sie dienen als Biomasse-Brennstoff für eine klimaneutrale Erzeugung von Wärme und Strom in den beiden Großstadtregionen. ■

Kulturprogramm im Gut Geisendorf

Jahrhunderte stand das Gutshaus Geisendorf im Zentrum des gleichnamigen Ortes. Als der Ort Geisendorf dem vorrückenden Tagebau Welzow-Süd wich, blieb das Gutshaus an seinem Platz und wird seither als Kulturforum der Lausitzer Braunkohle genutzt. Inzwischen ist die Braunkohle vor dem Gutshaus abgebaut. Die Landschaft wird Schritt für Schritt wieder hergestellt. Und der Kulturbetrieb im Gutshaus hat auch für das Jahr 2015 wieder Interessantes im Angebot. Neben dem Geisendorfer Musiksalon und dem Literaturforum gibt es seit diesem Jahr Kunstausstellungen in der oberen Etage. Auf der Internetseite des Hauses gibt es Wissenswertes zu seiner Geschichte und den Veranstaltungen. ■

www.gut-geisendorf.de

Schon gewusst?

40

Vattenfall kann heute nicht nur auf 40 Jahre Erfahrung im Windenergiesektor zurückblicken, sondern ist auch Betreiber von 40 Windparks quer durch Europa. Mehr zu unseren Windkraftaktivitäten finden Sie in der Broschüre „Wind – Powering the transition to renewables“.

www.vattenfall.de/wind

Neuer Kundenbeirat

Ist die Stromrechnung verständlich? Gelingt die Navigation auf der Kundenseite im Internet? Um die Kommunikation mit den Kunden zu verbessern, hat Vattenfall 2008 als erstes Unternehmen der Branche einen Kundenbeirat gegründet. Anschließend Privatkunden können Mitglied werden. Sie bewerben sich um das Ehrenamt und werden so ausgewählt, dass sie einen repräsentativen Querschnitt der Vattenfall Kunden abbilden. 2015 hat ein neuer Beirat für die kommenden drei Jahre seine Arbeit aufgenommen. Er wird nicht nur bei den halbjährlichen Sitzungen um Rat gefragt, auch im übrigen Jahr bringen sich die Mitglieder mit konstruktiven Anregungen und Fragen ein. ■

www.vattenfall.de/kundenbeirat

Impressum

Herausgeber:
Vattenfall GmbH
Chausseestraße 23
10115 Berlin

Vi.S.d.P.: Stefan Kleimeier
Chefredaktion: Andrea Schneider
T 030 8182 2452
politik@vattenfall.de
www.vattenfall.de

Vattenfall im Social Web

[Twitter](#)
[YouTube](#)
[Google+](#)

